

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6432.

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
zahlstellen Anzeigen die  
gehaltene Kolonel-Zeile  
60 J  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Stey.  
Druck von G. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionsschluss: Montag-mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Bevölkerungsfragen.

I.

Seit einigen Jahrzehnten macht sich in den Kulturländern ein allmählicher Rückgang der Geburten bemerkbar. Wie die Statistik lehrt, ist die Geburtenziffer im Abnehmen begriffen, und wenn nicht glücklicherweise auch die Zahl der Sterbefälle verhältnismäßig zurückginge, so würde die Bevölkerung nicht zunehmen, sondern abnehmen. Diese eigenartige Tatsache gibt entschieden zu denken und erfüllt einen jeden denkenden Menschen mit Sorgen. Nicht nur die Regierungen, die eine Abnahme der Soldaten und Steuerzahler befürchten, nicht nur die Kapitalisten, die ein Versiegen der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle des kapitalistischen Mehrwerts, vorausehen, o nein, auch die Freunde einer gesunden Volkswirtschaft können sich der trüben Aussicht nicht verschließen, daß die Menschheit schließlich aussterben oder wenigstens entkräften würde, wenn dem Geburtenrückgang kein Einhalt getan wird. Aus diesen Erwägungen heraus hat die preußische Regierung vor kurzem Untersuchungen und Erhebungen angeordnet, um die Ursachen dieser Erscheinung festzustellen. Ob bei dieser Untersuchung viel herauskommen wird, darf wohl bezweifelt werden, immerhin aber erscheint es nicht unangebracht, die Bevölkerungsfrage auch einmal an dieser Stelle zu behandeln, da sie besonders für die denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen ein großes Interesse bietet.

Bei der Behandlung der Bevölkerungsfrage tritt uns sofort der Engländer Malthus entgegen, mit dessen Namen das Gesetz der Überbevölkerung untrennbar verbunden ist. Malthus stellte Anfang des vorigen Jahrhunderts die Behauptung auf, daß alle Lebewesen die dauernde Neigung (Tendenz) in sich hätten, sich weit über das Maß der für sie vorhandenen Nahrungsmitte zu vermehren und daß insbesondere die Menschen infolge ihres starken Geschlechtstriebes die Tendenz hätten, sich weit über das Maß der vorhandenen Unterhaltsmittel zu vermehren. Er stellte ein Schema auf, wonach die Bevölkerung sich in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraume verdoppeln, also in geometrischer Progression (1, 2, 4, 8, 16 . . .) wölfe, während das Quantum der Lebensmittel günstigerfalls nur in arithmetischer Progression (1, 2, 3, 4, 5 . . .) wölfe. Danach ergebe sich schon im dritten Zeitraum ein Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Lebensmittelquantum von 4 : 3, im vierten Zeitraum ein solches von 8 : 4, im fünften von 16 : 5 und so weiter, so daß eine stets wachsende Überbevölkerung unabwendbar sei.

Allerdings wäre nach der Meinung des Malthus die geschlechtliche Enthalftamkeit ein Mittel, um die schnelle Bevölkerungszunahme zu verlangsamen, aber da ein solcher sittlicher Hochstand bei der großen Masse noch niemals dagewesen sei, so würde die Natur ein zwar grausames, aber unbedingt wirksames Mittel an, nämlich Laßt und Elend in jeder Form, um alle die Überzähligen hinwegzuräumen, für die an der Tafel des Lebens kein Platz aufgelegt worden ist. Diese Mittel, die in irgendeiner Weise zur Verkürzung der natürlichen Dauer des Menschenlebens beitragen, sind entweder Ausschweifungen alter Art: Alkoholismus, Unsauberkeit, Unmäßigkeit im Genuss usw. oder die Röte des Lebens: harte Arbeit, unpassende Arbeitsräume, ungünstige Ernährung usw. oder gesundheitsschädliche Mängel: schlechte Kinderpflege, ungefundne Wohnungen, Krankheiten, Seuchen usw. oder endlich unglückliche Ereignisse größeren Umfangs: Kriege, Pest und Hungersnöte. Wäre nun der Sozialismus in der Lage, so folgert Malthus, diese Mittel ganz oder teilweise aus der Welt zu schaffen, indem er Laster, Not und Massenelend beseitigt, so würde er damit gerade das Gegenteil von dem beabsichtigten Glückstande herbeiführen, denn er würde eine Überbevölkerung zur Folge haben, die den Kampf ums Dasein zu einem Kampfe wilder Bestien machen würde. Die Menschen würden sich derartig vermehren, daß sie sich gegenseitig die Ohren vom Kopfe fräsen, weil der verfügbare Raum bald ausfüllt wäre. Folglich lasse sich der Sozialismus auf die Dauer nicht verwirklichen, da er ein menschliches Zusammenleben überhaupt unmöglich mache.

Diese gegen den Sozialismus gerichtete Spize war es, die bewirkte, daß die Malthusche Theorie in den Kreisen der Kapitalisten so großen Anklang fand. Malthus hatte den Beweis erbracht, daß der Sozialismus für immer ein schöner Traum bleiben werde — so jubelte man — und er hatte unwiderrücklich dargetan — so folgte man mit einem bedauernden Achselzucken hinzu — daß das Massenelend nicht aus der Welt geschafft werden könne, ja nicht einmal dürfe, wenn nicht ganz unhaltbare Zustände eintreten sollten. Das Elend der Masse sei die unabänderliche Folge natürlicher und sozialer Gesetze und es sei in einer jeden menschlichen Gesellschaft un trennbar verbunden. Wo Reichtum herrsche, da sei das Elend unausbleiblich, es sei gewissermaßen diekehrseite der Medaille; man möge diesen Zustand bedauern, aber man könne ihn nicht ändern. Die Theorie des Malthus schob die Schuld an dem Massenelend der Natur oder, anders ausgedrückt, dem Herrgott zu, während es in Wirklichkeit von den schlechten menschlichen Einrichtungen herrührte. Sie schmeichelte der Habgier und Herzlosigkeit der Ausbeuter, und den Ausgebeuteten malte sie den elenden Zustand als eine Schändung Gottes und eine Folge ihrer eigenen Verfehlung aus. Sie lieferte eine Philosophie, wie der amerikanische Sozialist Henry George sagt, „mit der der schwelgende

Reiche das Bild des vor seiner Tür vor Hunger hinsinkenden Lazarus sich fernhält, bei der der Reichtum, wenn die Armut um ein Almosen bittet, mit gutem Gewissen die Tasche zuknöpfen kann und bei der der reiche Christ sich Sonntags in seinem schön gepolsterten Kirchenstuhle beugt, um die Gaben des Allvaters zu erbitten, ohne irgend ein Gefühl der Verantwortlichkeit für das schreckliche Elend, das in der nächsten Straße herrscht“.

Allerdings ist Malthus nicht der erste und einzige, der das Gesetz der Überbevölkerung an die Wand gemalt hat, vor ihm und nach ihm haben Volkswirtschaftler und Soziologen die gleiche Befürchtung ausgesprochen, aber keiner hat wie er der Bevölkerungstheorie eine solch antisozialistische Spize gegeben. Im Gegenteil haben die meisten angenommen, daß durch die Befestigung des Massenelends die Menschheit erst auf eine höhere Stufe der sozialen Moral gehoben werde, so daß sie das Geschlechtsleben nach moralischen und vernünftigen Grundsätzen regeln werde. Dadurch werde eine langsame Zunahme der Geburten eintreten, und wenn gleichzeitig auf der andern Seite eine Steigerung der menschlichen Leistungsfähigkeit eintrete, wie dies der Sozialismus bewirken werde, so brauche man eine Überbevölkerung nicht zu fürchten.

Tatsächlich ist heutzutage die Angst vor der Überbevölkerung verschwunden, deren die Zahl der Menschen ist nicht so schnell gewachsen, wie man annahm, und anderseits hat das Quantum der Unterhaltsmittel verhältnismäßig viel stärker zugenommen. Infolge der verbesserten Arbeitsverhältnisse und Arbeitsweise kann ein arbeitsfähiger Mensch mehr schaffen, als er selbst gebraucht, so daß er einen Überschub an Unterhaltsmitteln erzeugt. Wie weit diese Steigerung der Produktivkräfte in der Menschheit noch gehen wird, läßt sich heute noch gar nicht abschönen, so viel steht aber schon jetzt fest, daß die Theorie des Malthus im Bereich der Wissenschaft immer mehr an Boden verliert. Die bedeutendsten Gelehrten haben sie für falsch und unwissenschaftlich erklärt, und von dem ganzen Malthusianismus ist nur die praktische Fortsetzung übrig geblieben, daß man nicht mehr Kinder in die Welt setzen soll, als man ernähren und erziehen kann. Dieser praktische Malthusianismus wird besonders in den bürgerlichen und bürgerlichen Mittelschichten gefürchtet, wo für das Zweikinderystem in Frankreich (daß jede Familie nicht mehr als zwei Kinder haben darf) als Beweis gelten mag. Aber auch in den Arbeiterschichten scheint er an Boden zu gewinnen, was aus dem Rückgang der Geburten hervorgeht. Dieser Geburtenrückgang, der einstmals als ein Ausdruck hoher Sittlichkeit und vernünftiger Überlegung gepriesen wurde, bildet heute eine große Gefahr für die Kulturbücher. Und während die Malthusianer fordern, daß nicht so viel Kinder erzeugt und geboren werden sollen, lautet heute die Forderung: „Es müssen mehr Kinder in die Welt gesetzt werden!“ So ändern sich die Meinungen der Menschen innerhalb weniger Jahrzehnte.

### Der preußische Wahlrechtskampf.

Um 20. Oktober sind vier Jahre vergangen, seitdem der König von Preußen den neu gewählten Landtag mit einer Thronrede eröffnete, in der als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet wurde. Dieses Versprechen des Königs ist bisher nicht eingelöst worden. Der von dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten im Jahre 1910 unternommene Scheinversuch, eine Reform des Wahlrechts in die Wege zu leiten, wirkte vielmehr als eine Verhöhnung der enttäuschten Massen preußischer Staatsbürger. Der Entwurf scheiterte an seinem eigenen Widerstand während der Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Regierung hat die Einlösung des königlichen Versprechens im Landtag nicht mehr vertreten, sich vielmehr bei der Beratung der fortschrittlichen Anträge hinter die Auseide versteckt, im Landtag sei eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform nicht vorhanden.

Am 22. Oktober wird nun der Landtag zu seiner letzten Sessoin vor den im nächsten Jahre fälligen Neuwahlen zusammentreten. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, bei dieser Gelegenheit den Landtag sowohl als die Regierung daran zu erinnern, daß die Reform des preußischen Wahlrechts im Volke noch immer als die dringlichste Aufgabe der Gegenwart angesehen wird, und daß es nicht geneigt ist, die Entwicklung gebündigt zu ertragen. Die Führerin im Wahlrechtskampfe, die sozialdemokratische Partei, hat für den 20. Oktober Massenversammlungen in Preußen in Aussicht genommen, in denen die preußischen Machthaber an das Versprechen der Thronrede von 1908 wieder erinnert werden sollen und die den Willen des Volkes, für die Einlösung des königlichen Versprechens einzutreten, bezeugen werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preußischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preußischen Landtage unterstehen wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen von Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausführung von für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preußische Regierung und ihre Behörden. Das gestaltete Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeitfeinde die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niedertreten, den politischen Fortschritt hemmen und allen reaktionären Anschlägen Vorstoss leisten. Von dieser Politik werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Organisationen am schwersten be-

troffen. Sie haben daher ein Lebensinteresse daran, daß die preußische Wahlrechtsfrage auf demokratischer Grundlage gelöst wird, damit auch im preußischen Landtage die gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen eine gebührende Vertretung finden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollzählig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Grundlage für die Zusammenarbeit des preußischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebensoviel entspricht wie die von diesem Landtage in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

### Achter christlicher Gewerkschaftskongress.

Wenn für die Bedeutung einer Arbeiterbewegung die Zahl ihrer Gänger im bürgerlichen Lager maßgebend ist, dann stehen die christlichen Gewerkschaften unerreicht da. Der achte Kongress dieser Gewerkschaftsrichtung, der vom 6. bis zum 10. Oktober in Dresden stattfand, sah an den langen für die Hetero „Chengäste“ bestimmten Tischen die Vertreter aller möglichen Behörden, Parteien und Organisationen; man darf sagen: Alles was gegen Sozialismus, gegen Klassenkampf, gegen die Gleichberechtigung, Selbstständigkeit und Freiheit der Arbeiter ist in deutschen Landen, das war durch Abgesandte in Dresden vertreten und verbündete der schwarz-gelben Tagung seine Freundschaft und Anerkennung. Die deutsche Reichsregierung und die katholische Landesregierung, die katholische und die evangelische Kirchenbehörde, die konservative, die ultramontane und die nationalliberale Partei, der Bund der Landwirte, der Bund der Kriegervereine und alles, was rückwärts oder doch nicht vorauswärts will mit den Arbeitern — es wünsche durch seine Vertreter den christlichen Gewerkschaften ferneres Blühen, Wachsen und Gediehen; es erhoffte von ihnen das Beste für das Vaterland, das Allgemeinwohl, das Christentum und namentlich für die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn die Führer der christlichen Gewerkschaften es darauf anlegten wollten, vor aller Welt die Minderwertigkeit und Verunsichertheit ihrer Bewegung fund zu tun, dann lönnten sie das nicht besser als dadurch, daß sie die blamable Gesellschaft von „Chengästen“ zu sich einluden, um sich von diesen Leuten, denen die Abneigung gegen eine selbständige, kraftvolle Arbeiterbewegung auf der Stirn geschrieben steht, das Zeugnis des Wohlverhaltens ausstellen zu lassen. Wenn außerhalb der ultramontanen Körborganisationen würde nicht die Schomrorde ins Gesicht steigen, wenn die Partei der Oldenburg und Kröcher durch ihre Vertreter ihm öffentlich bekräftigte, daß sie in seiner Organisation, wie das der konservative Graf Carmer in Dresden den christlichen Gewerkschaften gegenüber tat, „die beste, geeignete und sachlichste Vertretung des Arbeitersstandes“ erfuhr? Die Christlichen strichen diese kompromittierliche Anerkennung mit holzem Lächeln ein und hier wie bei den andern befindeten Sababehn ihrer „Chengäste“, ihrem Mangel an Selbstachtung durch lebhafteste Beispiele?

Und das jähliche Ergebnis des Dresdner Kongresses? Als nach den Pfingstereignissen dieses Jahres in christlichen Gewerkschaftskreisen der Gedanke an die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses aufkam, um zu den aus Rom kommenden Eingriffen Stellung zu nehmen, da wurde von der Führerschaft einstimmig abgewinkt und hingewiesen auf den bevorstehenden im Herbst stattfindenden regelmäßigen Kongress; hier wurde gefragt werden, was gefragt werden müsse und hier werde die nötige Klärung geschaffen werden. Rundig Leute wußten von vornherein, was dabei herauskommen würde. Nichts, was man nicht schon wußte und was man nicht schon hundertmal von christlicher Seite ausgeführt hatte. Die christlichen Gewerkschaften sind in ihrer jetzigen Gestalt eine wirtschaftliche, eine soziale und eine nationale Notwendigkeit, und in dieser Erkenntnis werden sie bleiben was sie waren; sie sind selbstständig nach jeder Seite hin und lassen sich in ihrer grundsätzlichen und taktischen Haltung durch niemanden beeinflussen! So lang es aus der Einleitungssprache des Vorsitzenden vom Ausschuß des Gewerkschaftsbundes und aus dem Reichsbericht des Generaldirektors, und das war auch der Hauptinhalt der Stegerwaldschen Rede über die Sstellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Strömungen der Gegenwart. Mit seinem Wort wurde eingegangen auf die mancherlei Ereignisse seit dem Kongreß 1909 die das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur kirchlichen Autorität betrafen und die zeitweise die Spalten der liberalen Arbeiter- und Gewerkschaftspresse gefüllt haben, und es zeigt für die Selbstbedeckung der Kongressteilnehmer, daß sie sich ohne zu mucken, in dieser das Gesamtbild ihrer Organisationen berührenden Frage mit den nichtsagenden Reden ihres Generaldirektors abspielen ließen und nicht ein einziger das Bedürfnis fühlte, die führenden Körperschaften gegenüber sich zu Verpflichtungen gravierender und taktischer Art verstanden.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Christlichen allemal dann, wenn es gilt, blamable Dinge in eigener Lager zu verborgen, um so kräftiger auf ihre sozialistischen Gegner schimpfen. So auch diesmal. Man muß es gehört haben, um es für möglich zu halten, daß Herr Stegerwald den häbigen Verein der christlichen Arbeitervertreter bei der Reichsversicherungsordnung mit den letzten Worten rechtfertigt, das hätten sich die Sozialdemokraten letzten Endes selber zuschreiben, und daß ebenso unverkoren die Haltung der Christlichen gegenüber dem Wirtschaftsleben und der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie sie gekennzeichnet ist durch den letzten Bergarbeiterstreit, mit den Worten abtritt. Daran seien einzig und allein die Sozialdemokraten schuld. Man muß es gehört haben, wie dieser Mann, den der Vertrag in einer übeln Laune an die Spize einer Arbeiterbewegung gelegt hat, das Wort wagt: „Die Sozialdemokraten will die Arbeiterschaft völlig absondern vom Kulturreben der Nation.“ Als Herr Adam Stegerwald noch in den Windeln lag, da hatte die klassenbewußte Arbeiterbewegung bereits ein großes Stück Kulturarbeit hinter sich, und sein anständiger und ehrlicher Gegner wird abstreiten wollen, daß das, was die deutsche Arbeiterbewegung heute an Kultur besitzt, einzig und allein der sozialistischen Wirksamkeit zu danken ist. Auch Herr Stegerwald, so tölpelhaft er auch sein mag, weiß daß er weiz auch, daß das östliche Kulturreienung an christlicher Seite dem sozialistischen Vorbild abgeholt ist. Aber wo zu wäre man christlicher Gewerkschaftsvertreter, wenn man nicht, sobald es höch um die Sozialdemokratie handelt, das Gegenstück der Wohltaten jagen würde. Die „gute“ Sache des Zentrums und der jungerlichen und schwermacherischen Freunde heiligt auch das schlechte Mittel — Eine Diskussion über die Stegerwaldsche Rede wird nicht fehlen. Man nahm eine Revolution an, in der das Bündnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeitervereinen beträchtigt und bezüglich des Gewerkschaftsstreites erläutert wurde. Organisations- und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15jähriger Praxis bewährt, die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in der Zukunft in den leidigeren bewährten Bahnen. — Wohin diese bewährten Bahnen führen, hat der Bergarbeiteraufstand vom vergangenen März gezeigt.

Der Dresdner Kongress hatte sich auch die Aufgabe gestellt,klärung zu schaffen bezüglich der Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Wirtschaftsleuten und dem Wirtschaftsleben des gegenwärtigen. Man hat von dieser Aufgabe Herrn Joos, Redakteur des „Werbenden Arbeiters“ (M.-Glaßbach), betraten, der in seinem Blatt die Wünsche hat, den katholischen Arbeitern die politischen Unfälle und Spitzbübereien des Betriebs schwach zu machen. Weil er sich auf diesem Gebiet einiges Geschäft erworben hat und außerdem über das Material in den Gewerkschaften des katholischen Volkskreises verfügen kann, so ist er sich für einen arbeits gesetzten und wissenschaftlich beworbenen Kopf. Gerungen von dem Verantwortlichen um der ganzen Bildung von M.-Glaßbach und ausgeglichen zu sein, redet er zwei Stunden lang überhand zusammengekettetes Geug von seinem Manuskript herunter, derweil seine christlich-nationale Zugehörigkeit dem Gähntrampf verleiht. Der Vorsitzende Schäffer brachte den Nachweis, daß er geschlagen habe, dadurch, daß er die Rede des Herrn Joos „ungemein anregend und belehrend“ nannte; er erläuterte in dem Vortrage ein Beispiel, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung bedeutende förmliche geistige Art gemacht habe, an die Seine der Praktiker seien jetzt die Theoretiker getreten, und die Arbeiter hätten Hilfe erlangt durch die Leute. Nun längst sehr Herr Giesbertz mit seiner Hand in das Hochgefühl der christlichen Denker hinein. Es belannte, daß er im Vorstand gewesen habe, ein solches Thema zu solchen unzureichenden Problemen auf einem Gewerkschaftskongress zu behandeln. Die gewerkschaftliche Bedeutung lasse sich wissenschaftlich gar nicht begrenzen und erfasst. Es handle sich nicht darum, ob die Lage der Arbeiter an sich besser geworden, sondern ob sie im Verhältnis zu den Gewerkschaftshäfen gelingen sei, und in dieser Hinsicht sei sie nicht so sehr geändert worden. Man soll als Regel für die Praxis den Grundsatz befolgen, bezüglich der Wohn- und Arbeitsbedingungen immer nach der äußersten Grenze zu streben und sich dabei nicht durch theoretische Bedenken bremsen zu lassen. Die weitere Diskussion war ziemlich kurz, bis ein Delegierter des Betriebschlags brachte mit der Begründung: es sei zwecklos, ich aber das „Geug“ noch weiter zu unterhalten, es läme, auch wenn man noch unendlich lange „spüre“, doch nichts dabei heraus! Da die Versammlung das Wahnen leid war, nahm sie den Schlussvortrag an. Herr Joos, der christlich-nationale Denker, summierer einige Sätze als Schlusswort und dann war der Besuch, eine christliche Gewerkschaftslehre zu haben, bis auf weiteres erledigt.

Um den Belehrungsnachweis „positiv“ Schaffens zu bringen, hatten die Christlichen für ihren Dresdner Kongress eine Tagesordnung aufgestellt, die für zwei Kongresse von gleicher Umfang genugt hätte. Bei der Behandlung der in unserer ersten Urteil genannten Gegenstände waren bereits zwei Tage hingebracht, für die drei weiteren Tage gab es noch abgesehen von der Erledigung der Autore und geschäftlichen Angelegenheiten, fünf große Themen mit zum Teil zweitischen Verteilung zu behandeln. Wie nicht anders zu erwarten, kam die Ansprache dabei zu kurz, auch um was das Umfang, sondern mehr noch was die Gründlichkeit betrifft. Nun hatte der Einbruck, daß die Ausstattung der Tagesordnung an den Einbruck noch aufgedeckt wurde, die Menge der Arbeiten sollte imponieren, vielleicht aber auch hoffte man dadurch die Aufmerksamkeit von den unten Wirkten abziehen und ein Eingehen auf unangenehme Dinge (Gewerkschaftstreit) zu verhüten. Die verhandelten Gegenstände waren:

1. Staatsangehörige und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Man weiß, daß die Christlichen, denen unter den freien Arbeitern kein Bezug blieb, ihr Angebot auf die in öffentlichen Betrieben, namentlich im staatlichen Verkehrswesen (Eisenbahn, Post und Telegraphie), beschäftigten Angestellten und Arbeiter gerichtet haben. Da für diese Kreise die Möglichkeit, sich zu organisieren, von der Behörde abhängig ist, die von einem wichtigen Sozialrechts- und von leistungsfähigen und unterschiedenen Organisationen nicht wünscht, so passen die Christlichen sich diesen Umständen an, verzichten auf das Streitrecht und rufen nach ihrer Bescheidenheit, ihrer guten Befinnung und ihrer „nationalen“ Bedeutung, um dafür einen Organisationen anzufordern. Daraus lief auch in Dresden das Ritterat zu diesem Punkt des nun dem Sozialstaatlichen Stütze vom Verband deutscher Eisenbahner (Sig. Giesbertz) anvertraut wurde, hinzu. Es lobt Preußen, wo man in dieser Beziehung „ganz Politik“ zu machen wolle, d. h. selbständige Organisationen nicht dulde und Sozialdemokratie ausklammere. Im Gegensatz zu Böhmer und anderen südböhmischen Faschisten, wo man es in dieser Beziehung bei „halber Politik“ brachte lassen. Aber nicht nur auf die „alten“ Verbände hat es der christliche Herr Giesbertz abgesehen, auch die „neuen“ Organisationen sind ihm ein Dorn im Auge, so leiten der Sozialdemokratische Verband, in ihrem Bereich der Radikalismus, so gehen sie noch mit einer Mark Grenze, so treiben einen Nationalismus der Durchsetzung ihrer Mitglieder zu nationaler Unabhängigkeit — und was sonst der Demokratie nun der Name des christlich-nationalen Biedermeiers noch vorbrachte, nur ihre Organisation als die allein berechtigte und zulässige zu empfehlen und die Behörde dazu zu machen wider alles, was nicht in die Christliche Kultur tritt und nicht am geplanten gewährleisteten Rechte verzichten will. Der Vertreter der südlichen Staatsbahnen beweist und die traditionale Sprache am Ende der „Ehrengräfin“ besäß, und Graf Carmer-Giesbertz, der Abgehandelte der sozialdemokratischen Partei, hörte sich sagen, daß er die Christlichen richtig befürchte, wenn er ihre Organisationen die „helle, gerechte und sachliche“ Fortsetzung des Arbeitersstandes“ seien. Sie der Junker, Schärsmacher und Arbeiterschule nannte.

Erkundung und Aufgaben der Regierung und Christentum in den Christlichen Gewerkschaften. Der Sekretär Volksaufsicht, Sekretär vom Staatsverband, ging ähnlich frisch vor in der Beurteilung der Mängel in der Organisation und der Aktion der Christlichen Gewerkschaften, und er rief bei der Schilderung der Einzelheiten keinen Anstand, den Kongress zu dem Vorab der freien Gewerkschaften hinzuziehen, die in dieser Beziehung vielleicht weiter seien. Da der von ihm vorgeschlagene und von der Verhandlungsangestammten Schlußpunkt mit den Kartellen angezettelt ist, um der sozialistischen Arbeitern, Sozialen- und Jugendvereinen wie bestehenden Organisationen zu einer „Sozialen Einigung“ zu veranlassen, so bei sozialen Maßnahmen und der Förderung sozialer Tagesspenden und das Freiwilligentheeten aller Vereinigungen hinzuholen, namentlich aber auch soll das Kartell durch eine gemeinsame Kommission der Jugendfrage als einer „Arbeitsgemeinschaft für die christlichen Gewerkschaften“ die große Einigung herstellen.

3. Arbeitsmarkts und Industriewirtschaft. Die hierzu angenommene Belehrung erläuterte es für die Südtiroler von Reich, Staat und Gemeinde, der Gewerkschaften eingesetzten, namentlich durch vorliegende Dokumente, da gegen jetzt eine größere Stabilität des Arbeitsmarktes hergestellt werden soll, sofern die sozialen Gewerkschaften der nationalen Industrie nach gezielte Bekämpfung der jahreszeitlichen Schwankungen, wie billige sozialistische Arbeitsschulen. Die Arbeitserziehung ist durch Gesetz zu regelmäßige Arbeitsschulweise heraufzurufen, den Gewerkschaften zu einer sozialen Sicherung zu verhelfen, sofern sie es möglich sind, eine größere Stabilität des Arbeitsmarktes herzustellen. Zeigt es an, daß es besser ist, das nationale Gewerkschaftsrecht einzuführen, so soll das Kartell durch eine gemeinsame Kommission der Jugendfrage als einer „Arbeitsgemeinschaft für die christlichen Gewerkschaften“ die große Einigung herstellen.

4. Das Heerwesen. Dieses wesentlichste, wichtigste und amfassendste Gebiet hatte man zur Behandlung einem jungen, eben dem Konsulat der Universität entsprungenen Konsulanten aus M.-Glaßbach übertragen. Dies und dem jungen Mann die Anerkennung für den Fleiß, wenn er kein sozialistisches Heerwesen zusammengetragen habe, nicht vornehmen, aber sicherlich eine gewisse noch nicht, als eines jungen Geistes, zu beweisen. Diese schafft etwas mehr Respekt vor militärischen Gewerkschaften und auch eine Erklärung der Herren in Bezeichnung militärische Gewerkschaften. Nach dem Heerwesen ist dem jungen Konsulanten der Sachen (Mai 1908). Damals vertraten er und seine Gewerkschaftsgenossen fast nur sozialistische Gewerkschaften gegen die Fortsetzung des Sozialstaatstreites in den staatlichen, und natürlich wurde sofortiges als das Schlußgericht dieser Verhandlungen der Ruf laut: Sicher mag die ganze Arbeiterversicherungsforschung ein Abgrund verschwinden, die wir die Zukunft der Arbeiterbewegung prägen. Doch nicht zwei Jahre später stand Herr Seeler auf die Seite der Gewerkschaften und drohte dem Sozialstaatstreit.

der Arbeiter in den Gewerkschaften den Haft zu. Seit dieser Eröffnung von zum schärfsten Misstrauen gegenüber Kundgebungen und Beschlüssen christlicher Gewerkschaftsorganisationen berechtigt, und wenn wir hier Herrn Giesbertz gegen die Einschränkung des Sozialstaatstreites erwähnen, so geschieht es, um auf den dementsprechenden Umstand dieses christlichen Charakterstoffs vorzubereiten.

b. Das gewerblische Schieds- und Klagegeschäft. Die christlichen Gewerkschaften haben einen unentwegten Kontakt in der Person des ehemaligen preußischen Handelsministers Gretemann von Weltershausen, eines guten Menschen, aber schlechten Konsulanten, sonst würde er sich weniger wohl fühlen in einer Belegschaft, wo jenseit falsche Löhne geboten werden, wo bei den Christlichen. In seiner Rede zu diesem Punkte ordnet er neben den durch das Gesetz (Gewerbegericht, Einigungsurteil) und Selbsthilfe (Zivilvertrag, Schlichtungslösung) gegebenen Einrichtungen ein *Einigungsgesetz* bei den großen, alle Betriebe einer Gewerkschaft oder doch einen erheblichen Teil davon erfassenden Zuständen und Aussprachungen, die sich über das ganze Reich oder doch einen erheblichen Teil desselben erstrecken, wenn die beteiligten Parteien sich zu Verhandlungen über den Friedlichen Abschluß der Streitpunkte nicht geeignet zeigen oder gegenseitige Verhandlungen auf dem toten Punkt angelangt sind. Der Kongress erklärt sich bereit, mit der Gesellschaft für soziale Arbeit zu einer Lösung der Aufgabe, die diese sich gestellt hat, das Recht der Arbeit in einer umfassenden Systematik planmäßig und unter Anwendung von Reformvorschlägen darzustellen, mitzuwirken. Insbesondere ist er damit einverstanden, daß als solche Aufgaben der Darstellung des Arbeitersrechts, die ihrer großen Wichtigkeit wegen vorwegzunehmen sind, der Bau des Einigungswesens und die wichtigsten Rechtsfragen des Arbeitersvertrages angesehen werden.

Die zum Schlus noch vorliegender Anträge wurden in aller Hast erledigt. Als erwartungswertig sei genannt, bei dem Gesamtverbandsauschuß überwiesener Antrag auf Errichtung einer *Volksversicherung*.

Den Gegner beschimpfen und denunzieren und dabei ihn doch in allem zum Vorbild nehmen — das ist Christenart. Der Vorsitzende Schäffer bezeichnete in seiner Abschiedsrede den Dresdner Kongress im Stile der Zarst. und Sazmaristensklame als „schäßig“, was eine noch

großartigere Geistespossebarung ist. Wenn er Herrn Joos, den Mann mit der M.-Glaßbach-Zitate, als „Dilektor“ anpreist, Herr Schäffer sieht guten Zweck in die rohige Zukunft — trotz aller abien Erfahrungen. Vor drei Jahren in Köln vertrieb er, daß bis zum nächsten Kongress die christlichen Gewerkschaften eine halbe Million Mitglieder hätten würden. Sie haben bis zu 350 000 gebraucht. Über nach diesem „erfolgreichen“ Kongress kann nicht mehr schelen, und wenn dann die 500 000 voll sind, dann, so versicherte Herr Schäffer am ersten Tage in Dresden, sind die christlichen Gewerkschaften ein Faktor, mit dem gerechnet werden muß. Ob sich die Hoffnung auf die halbe Million erfüllen wird, wollen wir abwarten; wie raten Herrn Schäffer an, in einer ruhigen Stunde mal auszurechnen, wie wen bis dahin die freien Gewerkschaften gelangt sind und sich dann zu fragen, ob nicht auch wie vor die schwäbischen Organisationen nur ein schwäbisches und bedeutungsloses Anhänger der großen Kassenbewegten Arbeitervereinigung sein und bleiben werden.

## Internationale Rundschau.

### Der französische Gewerkschaftskongress.

F. G. K. Paris, 29. September. Vom 16. bis 21. September tagte in Halle der Kongress der französischen Gewerkschaften. Er wird in der Geschichte der französischen Gewerkschaften einen dauernden Platz haben, denn auf ihm lamen die von uns wiederholte hergehobenen Tendenzen zum Durchbruch, die zu einer Revitalisierung des französischen Sozialismus führen werden. Der Syndikalismus, so wie ihn die idealisierenden Syndikalisten darstellen, stellt die Illusion der Organisation dar. Er rechnet in der Illusion in ersten Linie auf das revolutionäre Gefühl der Massen und soll die Disziplin und die solidarische Kampferwendigkeit für zukünftig bedeinen, wenn nicht nebensächlich. Er bestrebt das Kampfspiel auf das gewerkschaftliche Gebiet, ohne Berücksichtigung des politischen Kampfes, wobei er notwendig zu einer ständigen Erweiterung des gewerkschaftlichen Kampffeldes kommt, weil eben der kapitalistische Staat, sich wenn die Arbeiter sich nicht um ihn kümmern wollen, sich mit den Arbeitern beschäftigt. Er ist schließlich nicht nur gegen das Unternehmens, sondern in seiner Lendenz gegen den Staat, gegen das Staatswesen gerichtet. Als wesentliches Mittel zur Befreiung der Lohnarbeit und des Staates führt er das Generalstreik an. Aushangs der großen Kassenbewegten Arbeitervereinigung sein und bleiben werden.

Das sind teilweise ganz extreme Gewinnsteigerungen. Es sind auch im Durchschnitt Gewinne, die, namentlich wenn man berücksichtigt, daß sie in einer kurzen Kampagne von meist kaum 100 Tagen erarbeitet wurden, als ganz außerordentlich hoch bezeichnet werden müssen.

Und diese Gewinnsteigerungen wurden erzielt in einem Jahre der Süßwarenhersteller, und auch die Zuckersüffner, haben in der Kampagne 1911/12 im Durchschnitt sehr gut verdient. Nur war die Süßwarenhersteller schlecht und die Qualität nicht überall gut, aber die Zuckersüffner erreichten eine Höhe, die den Unternehmern trotz kurzer Kampagne und geringer Zuckerausbeute überdurchschnittliche Gewinne brachte. Nur die Betriebe, die sich zu allzu großen Lieferungen verpflichtet und diese nun nicht erfüllen konnten, waren in Schwierigkeiten, weil sie Zucker zu hohen Preisen aufzukaufen, oder erhebliche Abschlagssummen zahlen mußten. In welchem Umfang bei manchen Betrieben die Dividenden gestiegen sind, dafür einige Nachweise.

	Dividende	1910/11	1911/12
Zuckersüffner			
Großlein	7 Proz.	10 Proz.	
"	14	15	
"	5	18½	
"	12	28	
"	15	15	
"	6	38	
"	11½	18½	
"	27	48	
"	5	18½	

Das sind teilweise ganz extreme Gewinnsteigerungen. Es sind auch im Durchschnitt Gewinne, die, namentlich wenn man berücksichtigt, daß sie in einer kurzen Kampagne von meist kaum 100 Tagen erarbeitet wurden, als ganz außerordentlich hoch bezeichnet werden müssen.

Und diese Gewinnsteigerungen wurden erzielt in einem Jahre der Süßwarenhersteller, einem Jahr, das dem Volke geradezu unerschwingliche Zuckerpriise brachte. Das ist ein Beispiel dafür, daß und wie die Unternehmer es verstehen, das wirtschaftliche Risiko von sich ab und den Konsumenten aufzuwälzen. Diese eigt kapitalistische Risikofreiheit ist natürlich keine spezifische Eigenschaft der Zuckersüffner, sondern Gemeingut der Unternehmer überhaupt. Es ist eine den Einwohnern nicht unbekannte Tatsache, daß die Seiten der allgemeiner Teuerung für die Kapitalisten die Seiten der höchsten Gewinne sind.

Neben den Fabrikanten haben noch zahlreiche Spekulanten im letzten Jahr am Zucker riesige Summen verdient. Noch bis in die letzten Wochen hinein haben die beiden Spekulantengruppen auf dem Zuckermärkte hartnäckig gekämpft. Ein Spekulantenkonsortium verkaufte enorme Mengen Zucker zu ganz niedrigen Preisen nach Amerika, nur um auf dem heimischen Markt den Preis hochzuhalten. Das gelang allerdings nicht ganz, denn die diesjährige Süßwarenhersteller ist so ergiebig, daß die seitige Preishöhe einfach nicht zu halten war. Es ist denn auch von 18,00 M. pro Kilo im September 1911 auf 10,10 M. Ende September 1912 gesunken. Beider ist der Zuckerkredit mit 7 M. pro Kilo belastet, so daß der Zuckerverbrauch und des Staates führt er der Generalstelle an. Aus diesen anachistischen Tendenzen kann keine Wiederwertung der Organisationen.

Die Fabrikanten haben noch zahlreiche Spekulanten im letzten Jahr am Zucker riesige Summen verdient. Noch bis in die letzten Wochen hinein haben die beiden Spekulantengruppen auf dem Zuckermärkte hartnäckig gekämpft. Ein Spekulantenkonsortium verkaufte enorme Mengen Zucker zu ganz niedrigen Preisen nach Amerika, nur um auf dem heimischen Markt den Preis hochzuhalten. Das gelang allerdings nicht ganz, denn die diesjährige Süßwarenhersteller ist so ergiebig, daß die seitige Preishöhe einfach nicht zu halten war. Es ist denn auch von 18,00 M. pro Kilo im September 1911 auf 10,10 M. Ende September 1912 gesunken. Beider ist der Zuckerkredit mit 7 M. pro Kilo belastet, so daß der Zuckerverbrauch und des Staates führt er der Generalstelle an. Aus diesen anachistischen Tendenzen kann keine Wiederwertung der Organisationen.

Die Arbeiterversicherung von Bergmann von der belgischen und Sägemühle von der deutschen Gewerkschaftszentrale die beide insbesondere auf das notwendige Zukünftigenarbeiten von Partei und Gewerkschaften hinweisen, lamen bei der Mandatsprüfung zwei teilweise Einstimmungen zur Entscheidung. Nach dem Eisenbahnerstreit vom Oktober 1910 nahm der Eisenbahnerverband eine Steigerung vor. Er auf dem Kongress der Eisenbahner angenommene Statutenwurf wurde dem Vorstand für genehmigte Bedeutung überreicht. Dabei zeigt dieser jedoch eine Aenderung vor, als er den alten Rahmen beibehält. Das nahm den revolutionären Flügel zum Vorwand, um eine Sonderorganisation zu gründen und auf dem Kongress und in der Konföderation Ein und Stimme zu verlangen, was mit einer Hinausdrangung des alten Verbandes gleichbedeutend gewesen wäre. Der Kongress beschloß jedoch, daß die Sonderorganisation sich anzutößen habe und deren Mitglieder dem alten Verband beitreten müssten.

Die zweite Frage war die nicht solle Zulässigkeit der Beiträge der Gewerkschaften zu der Konföderation, was besonders von dem sozialistischen Legislativverbund damit begründet wurde, daß die in der Konföderation betriebene Agitation nicht seinen Tendenzen entspreche. Es wurde schließlich bestimmt, daß klar die Organisationen ihre Zustimmung der Konföderation eingefüllt haben und daß die Organisationen, die ihrer Heiratspflicht nicht genügen, ausgegliedert werden sollen. In dieser Richtung ist gleich die vorgenommene Erhöhung der Beiträge an die Konföderation erachtet, die um 10 M. pro 1000 berührter sozialistische Betriebsgruppen für die Verbände und 7 M. für die Gewerkschaftszentrale festgesetzt wurden, wobei noch ein Zuschlag von 25 Prozent zur Befreiung der konföderalen Rentenversicherung kommt.

Die bedeutendste Diskussion entwölfe sich über den Antrag Kerec, Sekretär des Legislativverbundes, der sozialistischen Partei die Sympathie der Gewerkschaften auszutüben. Der Antrag war eine Erweiterung auf ein von älteren führenden Syndikalisten vorgebrachte Forderung, das sich, bezugnehmend auf die Schwierigkeit des Gewerkschaftsvertrages, die Gewerkschaften in der Konföderation nicht einzufügen, sofern sie nicht gegen eine ausdrückliche Sympathieerklärung aus. Es wurde dann auch eine Schrift die Neutralitätserklärung des Kongresses von Antwerpen (1906) wieder erneuert.

Daneben wurde zu den Änderungen des Altersversicherungsgesetzes Stellung genommen und die ablehnende Haltung aufrechterhalten. Der Kongress forderte außerdem die Befreiung der Beiträge der Arbeiter oder die Erleichterung des Kapitalversicherungsgesetzes durch das Verteilungssystem und die Erhöhung der Jubiläumsversicherung. Bei dem folgenden Bank, Automobilistikus, kamen drei unterschiedliche Fragen zur Behandlung: 1. die Gesetz Willkür; 2. die Soldaten; 3. die Haltung im Kriegsstoff. Das jüngst angenommene Gesetz Willkür verschafft alle wegen Armeebedienung, antimilitaristischer Propaganda, Biderland, Landstreitkrieg usw. ein oder zweimal pro Jahr bis zu 10 Monaten vorbehaltene Zeitraum in das militärische Dienst oder in die afrikanische Strafbaustation. Der Kongress protestierte energisch gegen das Gesetz, das die davon betroffenen Männer unter der Gefahr der Kriegsgefahr versteckt, die davon Betroffenen zu untersuchen und die Agitation gegen das Gesetz fortzusetzen. In einer neuen Resolution wurde die Errichtung von Kasernen zur Unterstützung der kleinen Militärs, zur Sicherung der Strafbaustationen und der Gewerkschaften erachtet. Die kleine Militärs befinden sich in der afrikanischen Strafbaustationen. Der Kongress protestierte energisch gegen das Gesetz, das die davon betroffenen Männer unter der Gefahr der Kriegsgefahr versteckt, die davon Betroffenen zu untersuchen und die Agitation gegen das Gesetz fortzusetzen. Das kann die Errichtung des neuen Strafbaustationsmittag, der

alle diese Umstände, und noch einige mehr, erleichtern die gewerkschaftliche Arbeit, soweit sie sich auf die Errichtung besserer Arbeitsbedingungen erstreckt, nicht unerheblich. Es muß also in der jetzigen Kampagne erneut und mit Eifer versucht werden, an die

Gesellschaft der Industriearbeiter heranzutreten. Wir müssen auch diese unter so jämmerlichen Bedingungen stehenden Proletarier für uns gewinnen, um ihnen einen größeren Anteil an dem reichen Ertrag ihrer Arbeit erbringen zu können. Die Arbeit ist nicht leicht, aber sie muss getan werden. Und sie wird Früchte tragen, wenn sie held und mit Lust und Liebe getan wird.

## Kapital und Arbeit in der Railindustrie.

II.

Weniger glücklich sind die Arbeiter der Railindustrie. Bei der Schaffung des Kapitalistischen hat man es direkt verhindert, festzulegen, daß den Arbeitern ein gerechtes Lohnbestimmungsrecht im Arbeitsvertrag eingeräumt wird.

Und die Unternehmer verhandeln mit allen Klientelbestrebungen, die auf ein Lohnbestimmungsrecht der Arbeiter hinauslaufen, zu unterdrücken. Es sei nicht aus der Eigennatür der Gewinnung sowie mit der Produktion zu vereinbaren, wie eingewendet. Wollte man Arbeitsverträge schaffen, so müßten dominante der ganze Betrieb leiden, ja die Rentabilität sei sogar in Frage gestellt. Das sind die abgedrohten Einwände, die seit Jahren gegen die Tarifverträge vorgebracht werden, die sich jedoch noch nie als fruchtbare erwiesen haben. Nun stellt allerdings nicht jeder Tarifvertrag einen Fortschritt dar. So hat zum Beispiel das Kalmar-Winterschiff eine Art Arbeitsvertrag mit der Belegschaft vereinbart, der nichts weniger als nutzbringend ist. Die Lohnlage sind sehr niedrig. Jugendliche Arbeitnehmer erhalten 1,50 bis 2,50 Ml. Entweder 2,50 bis 3,00 Ml. täglich. Noch weniger vorbildlich als die Lohnlage ist die Art, wie der "Vertrag" gepaarde geworden ist. Die Firma hat nämlich selber eine Abstimmung unter den einzelnen Arbeitergruppen vorgenommen und sie hat den Verträgen die Abstimmungsresultate angefügt. Darin heißt es bei Gruppe 4, die vornehmlich Arbeiter, die für den Fabrikarbeiterverband in Frage kommen, umstellt:

"Es wurde in geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel abgestimmt. Abgegeben wurden 28 Stimmen, die sämtlich auf 'ja' kamen."

Wie wunderbar doch? Alles mit ja gestimmt. Warum sie alle zufrieden mit dem, was man da ausspielt? Hören wir jemand, der an dieser Abstimmung teilgenommen:

Nachdem der Antrag angeschaut, bekannte mir Stimmzettel: Ich waren alle schon mit ja beschrieben. Auf meine Frage, ob wir doch gar nicht wählen, über was denn eigentlich abgestimmt würde, was es für eine Tragweite hätte, entgegnete mir uns: Wer damit nicht zufrieden ist, kann ja bei der Abstimmung das 'Ja' in ein 'Nein' ändern, wenn am Ende des Betriebsführers liegt ein Bleistift.

Wahrhaftig ergötzlich, diese Komödie! Trotzdem hatten einige Freunde der 2. Abteilung (Förderer) den Mut, mit 'nein' zu stimmen. 68 ja und 3 für nein. Von diesen letzteren ist heute leider mehr auf diesem Wege! Und trotz dieser "Vereinbarungen", die man nachher auf die Fabrikarbeiter der Chloralkaliumfabrik ausgehängt, ist es in diesem Frühjahr dort zum Bruch gekommen. Die Willkür der Unternehmer föhlung, die nicht den Erwartungen der Arbeiter entsprach. Lohnzahler, trieb die Leute in die Arbeitsüberlegung. Am zweiten Tage, eingeschlossen durch Schließföhrer durch Unternehmer sowie mittellos, und ohne den Schutz einer Organisation, mußten diese Proletarier die Arbeit wieder aufnehmen. Auf einem andern Werk wieder müssen die Fabrikarbeiter sich ewig Abzüge gefallen lassen. Die Lohnabholung ist ja mittlerweile so, daß es am 1. eines jeden Monats Abholung und am 15. dann den Rest des Verdienstes gibt. Am 16. war nun gerade der Generaldirektor anwesend und was geschah da? Man zahlte einfach keinen Lohn aus, sondern zog am andern Tag. Sonst hätte ja auch der Herr sehen können, welcher Unruhe unter den Arbeitern herrscht über die Einholung herrscht! Dabei steht der Lohn auf beiden vorliegenden Verträgen in geringem Verhältnis zum Reingewinn sowie zur geleisteten Arbeit. Die Unternehmer lassen sich dessen angeklagt aber nicht die Gelegenheit nehmen, jetzt bei der Leitung gerade auf die hohen Löhne hinzuweisen und von ihrer Willkür zu predigen. Dort und da sind Kartoffeln oder Zitzen bedacht, zum Selbstostenpreis abgegeben, anderorts wird wieder das alte Feld an willigen Wahnsinnen beworben, anderwärts (z. B. auf Margarinefabrik) war großes Feuer, Widerstand. Es ist vollkommen. Alles folgt nur "Gefüredenken" bei, die Unternehmer wollen's so.

Wie leben nun die Löhne der im Salzbergbau über Lage Beschäftigten? kam Knappmachbericht aus?

II. Quartettjahr 1912 Jahresmittel 1911

O.-B. Halle . . . .	3,90 Ml.	3,86 Ml.
O.-B. Rausel . . . .	3,91	3,88
für erwachsene männliche Arbeiter pro Schicht und		
O.-B. Halle . . . .	1,42 Ml.	1,31 Ml.
O.-B. Rausel . . . .	1,54	1,53
für jugendliche männliche Arbeiter (unter 16 Jahren).		

Nach Angabe sollten dieses verdiente reine Löhne sein. Ja, ist denn da ein Grund zum Protest vorhanden? Selbst gerechnet, daß dieser Lohn für bez. zur Auszahlung gelangt, woran wir aber stark zweifeln, ist das wahrhaftig kein Grund zum Klagen. Die Unternehmer pflegen sich mehr zu "nehmen". Wir erwähnen weiter oben den Geschäftsbericht von "Gild auf Sondershausen". Da finden wir, daß die Summe des Grubendienstes im Jahre 1910 von 40 000 Ml. auf 50 000 Ml. im Jahre 1911 erhöht wurde. Und wer ist der Grubendienst? Kommerzienrat Edler in Dortmund und Staatsrat Ressle in Sondershausen. Also eine Leistungszulage von 5000 Ml. pro Mann! Der Arbeiterunterstützungsfonds bekommt ganze 3000 Ml. Bei einem Betriebsgewinn von rund 2 Millionen im Jahre ist auch nicht mehr übrig. Die Haupthandlung ist, daß er die Kapitalisten doppelt und dreifach gezeugt werden. Schließlich sieht der Geschäftsbericht der Geschäftsfirma "Großherzog von Sachsen" aus. Bei 1,5 Millionen Reingewinn und einer Gewinnsteigerung gegen das Vorjahr um 18 Prozent wurden der Unterstützungsstift für Beamte 6000 Ml. zugestellt, die Arbeiter aber fast abgelehnt. Sie verlangten ja auch am derartigen Zuwendungen, verlangen vielmehr gerechten Lohn.

Im Interesse der Gesamtheit muß energetisch die Verstaatlichung der Railindustrie gefordert werden. Im Reichstag hat in der 29. Sitzung am 18. März d. J. der Abgeordnete Hoch in einigen Sätzen festgelegt, wie die Sozialdemokratie sich die Verstaatlichung denkt. Er schlug vor:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, wenn sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagenstufen freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kultwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht durch das Reich unter entscheidender Mitwirkung eines Beirats.

Der Beirat legt sich zusammen aus dem Bundesrat und vom Reichstag ernannt, sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

3. Den Arbeitern und den Betriebsbeamten darf die Koalitionsfreiheit in keiner Weise geahndet werden. Für die Betriebe gelten entsprechend alle Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter und Betriebsbeamten, insbesondere die der Gewerbeordnung und des Handelsgelehrten. Die Arbeitzeit ist auf 8 Stunden, an gesundheitsgezügelten Betriebsorten noch weiter zu begrenzen.

Für jedes Werk ist zur Festlegung der Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen sowie zur Erledigung von Beschwerden durch die Belegschaften und Betriebsbeamten in geheimer, gleicher und direkter Wahl ein Arbeiterausschuß zu wählen, der gegen die das Arbeitsergebnis berührenden Ausschreibungen und Entscheidungen der Betriebsleitung das Recht der Beratung an den Beirat (Sätze 2) hat.

4. Die Löhne und Gehälter sind zwischen der Betriebsleitung und dem Arbeiterausschuß auf der Grundlage von Minimalsätzen zu vereinbaren. Die Minimalsätze bestimmen der Genehmigung des Reichstags.

5. Die Betriebspreise sind im Geiste unter Berücksichtigung der einheimischen Landwirtschaft gesondert für das Inland und das Ausland festzulegen.

6. Die Löhne und Gehälter sind zur Verminderung der Betriebsaufgaben und Zölle auf Rohstoffsmittel und Gebrauchsgegenstände oder für soziale Zwecke zu verwenden.

Die Verstaatlichung dieser Forderungen würde volkswirtschaftlich ungemein nützlich sein. Leider darf man dem Staat nicht das Reitieren entgegenbringen, doch auch die in den Kultivierten beschäftigten Arbeiter dann befürchtet Arbeitsaufgaben und mehr persönliche Freiheit hören. Mit der Verstaatlichung müßte also die Demokratisierung des Staatswesens hand in Hand gehen, wenn die Arbeiter wirklich gut dabei führen sollen. Weil

das aber noch gute Weis ist, müssen die Arbeitnehmer, den Unternehmen zum Trotz, sich in der gewerkschaftlichen Organisation zum gemeinsamen Kampf für ihre Interessen zusammenfinden.

B. Sch.

### Aus der Margarinefabrik Gebr. Baum in Überfeld.

Wie die Unternehmer ihre Besitzrechte erhalten, wenn sie Ihnen nicht in dem Raum passen, das demetw. einmal das Nachfolgende. Die Arbeiter der Margarinefabrik von Gebr. Baum in Überfeld waren im vorigen Jahre in einem Streit ein, der seit Ende erreichte, daß ein Tarifvertrag abschlossen wurde. Beiderseits ein Teil der Arbeiter droben blieben, weil die Grüne Gewerkschaft eingesetzt hatte und diese nicht entlassen wollte. Bei der Untersuchung des Tarifs wurde offenbart, daß die jüngst nicht eingesetzten Arbeiter wieder in den Betrieb hinein sollten, sobald es: Valut vorhanden wäre. Da sie betr. Arbeiter mittlerweile andre Stellung eingenommen haben, und auch kein Tarifvorschlag, das gegebene Wort des Betriebsleiters anzunehmen, so erklärten sich die Organisationsvertreter somit einverstanden und der Tarif wurde in Kraft gesetzt. Bald wurde es aber allen Beteiligten klar, was sie von dem Ehrenwort des Herrn Betriebsleiters zu halten hatten. Trotzdem nach und nach verschiedene Arbeiter eingesetzt wurden, was sie die früheren Arbeiter niemals eine Stelle freie; sie wurden ständig verdrängt, und Beschwerden hierüber wurden mit schönen Redensarten abgewimpft. Auf der anderen Seite wurde seitens der Reiter und Kurendarmen gegen die Organisationsvertreter, trotz des Tarifabschlusses und der angeblichen Anerkennung der Verbände, nach Herzlosigkeit gehetzt. Jeder neu einzestellende Arbeiter wurde nach seiner Verbandszugehörigkeit befragt und gewertet, sich zu organisieren. Dagegen wurden die Verbandsmitglieder ständig beobachtet, ob sie nicht einer oder der anderen bei der Agitation erwischen ließen. Dieses ständige Spionieren hatte deun auch endlich den gewünschten Erfolg. Der Vertretermann des Verbandes erlaubte sich, mit einem neu eingesetzten Kollegen zu sprechen, sofort wurde dieser vom Meister Villmann gefragt, worüber sie gesprochen hätten, und da er antwortete: "Vom Verband", so wurde der Vertretermann sofort entlassen, wegen "Agitation im Betriebe und Aufreger der Arbeiter". Merkwürdig ist hierbei nur, daß der Kollege B. mit einem Verbandsmitglied gesprochen hat, also "Agitation" gar nicht vorkommen kann; aber das macht nichts. Schon lange wollte man ihn hängen, jetzt endlich hatte man den Stiel gefunden — der Ausheger mußte fliegen. Man hoffte, daß sich dadurch die anderen Arbeiter einschüchtern lassen würden, und daß der ähnliche Wunsch nach einem gelben Verbande jetzt endlich erfüllt werden kann; denn der Heger ist nun endlich draußen. Aus diesem Grunde hatte auch die Verhandlung mit den Verbandsvertretern keinen Erfolg; eine Wiedereinstellung des zu Unrecht Gewahrselten wurde sundweg abgesetzt. Am 21. September fand die Agitation im Betriebe statt, was der Vertreter des Betriebsleiters. Die Gegengestaltung seiner Meister isto. bestreitet er; diese hätten das Recht, nach der Organisation zu fragen, denn er habe nicht nötig, organisierte Arbeiter einzuziehen. Der Tarif gelte nur für Verbandsmitglieder, für die anderen nicht. (7) Außerdem hatte der Herr auch noch den Mut sein gegebenes Wort, sundweg abzustreiten, daß er alle Streitenden nach und nach wiederstellen wolle. Daß ein Verhandeln mit solchem Herrn aufhort, ist selbstverständlich. Erst sein Ehrenwort verpfänden, damit der Streit endlich beendet wird, dann dieses Wort brechen und es zum Schlaf ganz und gar abstreiten, das ist Unternehmer moral, die bringend vor Vorsprung macht.

Zudem gefällt sich der Herr auch noch darin, die Verbandsvertreter zu verhöhnen; denn anders kann man das Verhalten dieses Herren nicht bezeichnen. "Ich habe gegen den Verband gar nichts, jeder kann organisiert sein wo und wo er will, nur im Betriebe dulde ich keine Agitation; ich will im Betriebe Ruhe haben. Senden Sie mir zwei Ihrer Mitglieder her, ich werde sie für den entlassenen B. beide einstellen, als Beweis dafür, daß ich mich um die Organisation nicht kümmere." So sagt er höchstlich bei der Verhandlung zum Gaulener unter Verbandes. Als dieser die Einstellung bezweifelt, wurde das Versprechen mehrmals wiederholt und nur noch die Bedingung gestellt, daß die beiden Arbeiter gute Zeugnisse haben müssten. Es wurden zunächst zwei Kollegen hingestellt. Der eine davon hatte Zeugnisse über fünf und sechzehn Dienstjahre, der andre, 21 Jahr alt, solche über 1, 1½ und 2 Jahre. Beide wurden, wie vorausgesagt, nicht eingestellt, weil — die Zeugnisse nicht gut genug waren. Beim Streit wurde alles gefunden aus den Chausseegärdern und den Spülungen ausgeholt und eingestellt, da brauchte keiner "gute Zeugnisse", wenn er nur als Streitbrecher fungieren wollte. Letzte, die höchstens langjährige Brugnisse aus Buch und Arbeitsbuchern aufzuweisen wußten, wurden eingestellt und besser entlohnt, als dies die alten Arbeiter forderten. Da wurden keine Zeugnisse verlangt, aber ein organisierte Arbeiter, der dort anfangen will, muß mindestens auf einer anderen Stelle sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert haben, ehe er wieder ist, in der Margarinefabrik von Gebr. Baum für 24 Ml. die Woche zu arbeiten.

Wir möchten aber die Firma Gebr. Baum kennen haben, den Bogen nicht zu straff zu spannen, er könnte sonst leicht brechen. Die Herren säen Bind, sie dörrten sich nicht zuwandern, wenn sie Sturm ernten, denn auf die Dauer lassen sich auch die Arbeiter der Margarinefabrik Gebr. Baum das nicht gefallen; das sollte den Herrn auch in der Erinnerung sein. sl.

### Eine Lehre für die Arbeiter der Tapetenfabriken.

Die Lohnbewegung der Formstecher der Tapetenbranche, über die wir schon berichtet, hat mit der Erneuerung des seit Anfang 1910 bestehenden Tarifvertrages geendet. Vereinbart wurde eine Arbeitszeit von täglich neun Stunden, ein Mindestlohn im ersten Gehilfenjahr von 21 Ml. (bisher 19,50 Ml.); an die jüngst bestehenden Löhne werden für die Stunde 3 Ml. und vom 1. November 1913 an nochmals 1 Ml. zugelegt. Der Lohn wird Sonnabends vormittags während der Arbeitszeit ausgeschüttet; Überstunden werden mit 20 Prozent Aufschlag von der zweiten Überstunde an bezahlt; wird nur eine Stunde täglich länger gearbeitet, so ist hierfür der Aufschlag zu zahlen. Aus diesem Ausgang der Lohnbewegung sollten die in den Tapetenfabriken beschäftigten Arbeiter lernen.

### Deutsche Arbeiter für eine serbische Industrialfabrik.

Infolge der Mobilisierung in Serbien leidet die Industrialfabrik in Belgrad an Arbeitermangel. Die Industrialfabrik in Regensburg, die mit der in Belgrad im Zusammenhang steht, hat nun zahlreich Arbeiter vertraglich verpflichtet bis Ostern bei einem Tageslohn von circa 6 Ml. und freier Zeit und Ruhsatz in Belgrad Arbeit anzunehmen. Umgekehrt 70 Personen kommen in Frage die meist unterm Organisation angehören. Für die Ausreisenden in Regensburg Erfolg zu bekommen, ist nicht schwer, da in Regensburg eine große Arbeitsmigrierung gegen das Vorjahr um 18 Prozent wurden der Unterstützungsstift für Beamte 6000 Ml. zugestellt, die Arbeiter aber fast abgelehnt. Sie verlangten ja auch am derartigen Zuwendungen, verlangen vielmehr gerechten Lohn.

Im Interesse der Gesamtheit muß energetisch die Verstaatlichung der Railindustrie gefordert werden. Im Reichstag hat in der 29. Sitzung am 18. März d. J. der Abgeordnete Hoch in einigen Sätzen festgelegt, wie die Sozialdemokratie sich die Verstaatlichung denkt. Er schlug vor:

1. Das Reich erwirbt die bestehenden Betriebe im Wege der Enteignung, wenn sie nicht auf der Grundlage der tatsächlichen Anlagenstufen freihändig erworben werden können.

2. Die Leitung der Kultwerke sowie der Absatz ihrer Produkte geschieht durch das Reich unter entscheidender Mitwirkung eines Beirats.

Der Beirat legt sich zusammen aus dem Bundesrat und vom Reichstag ernannt, sowie von den Arbeitern und den Betriebsbeamten der Werke in gleicher, geheimer und direkter Wahl gewählten Mitgliedern.

artige Sicherungen vorgenommen habe. Bei der Statistik über Arbeitslosigkeit bemerkte er das mangelnde Interesse mancher Fabrikstellen. Eine Bemerkung von Streitigkeiten folgte sich allein die Fabrikstellen strikt an das Staatssymbol halten. Zum Schluß beschäftigte sich der Vertreter mit den vorliegenden Anträgen. In der Diskussion wünschten einige Fabrikstellen den östlichen Bereich des Gaulenrichs College Thiemig wünschte die Delegierten auf den Wert der Statistik hin. Außerdem meinte Redner, daß zur bestreiten Information über die Lohnbewegungen der Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gewerbericht mehr Einzelheiten bringen möchte. Auf Antrag wurde der Befreiungserlaubnis erteilt. Kollege Sonnenburg erklärte über das Lohnentlastung erlaubte die Gutschrift über den Verbandsstift. Der Reiter empfahl den Delegierten, auf den Wert der Statistik hin zu achten. Außerdem meinte Redner, daß sämtliche Fabrikstellen der segenhaften Gew





